



# Vertreibung aus dem Paradies

## Landraub und Verdrängung durch Tourismus

Dauersonnenschein, ein blütenweißer Strand, freundlich lächelnde Hotelangestellte und das rauschende, kristallblaue Meer bilden für viele Menschen die Kulisse eines Traumurlaubs. Stress auf der Arbeit, Ärger über verspätete Bahnen auf dem Arbeitsweg oder die Stromkostennachzahlungen möchten sie im Urlaub vergessen. Das erträumen sich viele Reisende besonders dann, wenn sie möglichst weit in die Ferne fliegen. An ihrem Aufenthalt, so hoffen sie, verdienen lokale Hoteliers oder Anbieter von Schnorcheltouren kräftig mit und bezahlen ihren Zimmermädchen oder Bootsführern faire Löhne. Auch Regierungen werden nicht müde, die positiven wirtschaftlichen Effekte des Tourismussektors in Form von Arbeitsplätzen und Devisen zu betonen. In der Entwicklungszusammenarbeit gilt Tourismus bei vielen Akteuren ebenfalls als Motor für nachhaltige Entwicklung und wirksames Mittel, um Armut zu bekämpfen. Doch Tourismus hat viele Schattenseiten. Ohne faire und verbindliche Regeln, werden durch Tourismus Menschenrechte verletzt, Arbeitskräfte ausgebeutet und die Umwelt zerstört.

Die Ferienorte sind nicht nur Kulisse für Reisende. Sie sind Heimat und Wohnort der einheimischen Bevölkerung. Immer mehr Reisende interessieren sich zwar für die Nachhaltigkeitsbilanz ihres Urlaubs, doch wie ihr Urlaubsort aussah und wer dort lebte, als es noch keinen Tourismus gab, wissen die wenigsten. Dort wo sich heute ein Hotel ans nächste reiht, stand vielleicht einst ein Fischerdorf. Fischerfamilien, die über Generationen dort lebten, werden gezwungen, einige Kilometer weiter ins Inland zu ziehen. Familien müssen ihre Felder und Häuser verlassen, weil das Land fortan als Landebahn für Flugzeuge dienen soll. Die so Vertriebenen können weder ernten, was sie ausgesät haben, noch ihre Trinkwasserquelle erreichen. In den Metropolen und an Weltkulturerbestätten wiederum verschärft der zunehmende Tourismus den Kampf um bezahlbaren Wohnraum. Menschen müssen aus den Innenstädten an den Stadtrand ziehen, weil die Wohnungsbesitzenden dreimal so viel verdienen, wenn sie die Wohnung als Ferienwohnung statt an die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt vermieten. Das ist die andere Seite unseres Traumurlaubs: An vielen Orten auf der Welt führt der Tourismus zu Vertreibung und Landraub.

## Der Kampf ums Land

Die Debatte rund um das Thema Landraub konzentriert sich bisher vor allem auf großflächige und transnationale Landtransfers zum Anbau von Nahrungs-, Futtermitteln oder Energiepflanzen sowie dem Abbau von Rohstoffen wie Öl, Gas oder Mineralien. Auch sogenannte „Green Grabs“ im Namen des vermeintlichen Umweltschutzes stehen in der öffentlichen Kritik – wie beispielsweise die Aneignung von Waldgebieten, die anschließend Einnahmen im internationalen Emissionshandel erbringen.

Welche Rolle der Tourismus in Bezug auf Landraub spielt, wurde bisher weitgehend anhand von Einzelfällen untersucht. Das folgende Papier gibt einen Überblick über Triebkräfte und Akteure von tourismus-bedingtem Landraub und zeigt die Auswirkungen auf die Betroffenen. Es will eine qualifizierte Debatte über die Verantwortung der beteiligten Akteure anstoßen.

Weil Landraub – auch zu touristischen Zwecken – oft in undurchsichtigen, undemokratischen und nicht partizipativen Prozessen geschieht, ist er insbesondere in Staaten mit mangelnder Rechtsstaatlichkeit anzutreffen. Die Verantwortlichen nutzen bestehende Machtgefälle gezielt zu ihrem Vorteil und übergehen bewusst die Rechte der angestammten Landnutzerinnen und -nutzer. Auch wenn deren

traditionellen oder gemeinschaftlichen Landnutzungsformen von den Regierungen formell anerkannt werden, verfügen die bisherigen Landnutzerinnen und -nutzer nur selten über Dokumente, die ihre Besitz- und Nutzungsansprüche beweisen. Weil ihnen das Wissen über ihre Rechte und ein Rechtsbeistand fehlen oder sie physische Gewalt oder andere Repressalien fürchten, setzen sich viele Betroffene gegen den Landraub nicht zur Wehr.

Landraub bedeutet nicht nur, dass Menschen ihr Land, ihren Wohnraum oder spirituelle Orte verlieren, sondern auch den Zugang zu und die Kontrolle über land- und küstenbasierte Ressourcen wie Wasser, Ackerland oder Fischgründe. Damit ist ihre traditionelle Lebensgrundlage bedroht, sie sind gefährdet zu verarmen und Hunger zu leiden. Dabei geht auch über Generationen weitergegebenes Wissen, beispielsweise bewährte Techniken zur Bewässerung in der Landwirtschaft, verloren. Die Vertriebenen geraten schnell in materielle Notlagen, wenn sie nicht adäquat für den Verlust von Land oder Zugang zu Ressourcen entschädigt und beim Aufbau einer neuen Existenz unterstützt werden. Wenn Kinder in Folge von Zwangsumsiedlungen die Schule nicht mehr besuchen können, haben sie später schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt. So setzen Landraub und Verdrängung eine Spirale von Menschenrechtsverletzungen, Risiken zur Verarmung und gesellschaftlicher Marginalisierung in Gang.

All das betrifft auch den tourismus-bedingten Landraub. In welchem Umfang Land für den Tourismus geraubt wird, variiert stark. Der Bau eines einzelnen Hotels beansprucht deutlich kleinere Flächen als touristische Großprojekte wie Hotelkomplexe mit Casinos, Golfplätzen und Shoppingcentern oder die Errichtung eines grenzüberschreitenden Nationalparks. Landraub und Verdrängung können einmalig stattfinden, beispielsweise für den Bau eines Flughafens, sich jedoch auch über mehrere Jahre und Jahrzehnte erstrecken. Strömen mehr und mehr Touristinnen und Touristen an einen Ort, werden nicht nur weitere Flächen für den Bau von Unterkünften, Vergnügungsparks und Souvenir-Shops beansprucht. Auch die Konkurrenz um knappe Ressourcen wie Wasser oder bezahlbaren Wohnraum verschärft sich. So zogen beispielweise in den letzten 50 Jahren drei Viertel der Bewohnerinnen und Bewohner aus der Altstadt Venedigs weg. Die verbleibenden 50.000 Menschen teilen sich die Stadt nun mit 30 Millionen Reisenden im Jahr.

### Was ist Landraub?

Die International Land Coalition ist ein Zusammenschluss aus Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen, UN-Organisationen und Forschungsinstituten. In der Tirana-Deklaration definiert sie Landkäufe und -konzessionen als Landraub, wenn diese

- Menschenrechte verletzen, insbesondere in Bezug auf die Gleichberechtigung von Frauen;
- nicht auf der freien, vorherigen und informierten Zustimmung der betroffenen Landnutzenden beruhen;
- nicht auf einer sorgfältigen Bewertung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen – einschließlich der geschlechterspezifischen Auswirkungen – beruhen oder sie vernachlässigen.
- nicht auf transparenten Verträgen beruhen, die klare und verbindliche Zusagen in Bezug auf die geplante Nutzung, Arbeitsplätze für und die Gewinnbeteiligung von den Betroffenen beschreiben;
- nicht auf demokratischer Planung, unabhängiger Überprüfung und glaubhafter Partizipation beruhen.



80 Prozent des weltweiten Tourismus spielt sich in Küstengebieten ab. Lange Küstenabschnitte werden, wie hier im italienischen Viareggio, touristisch genutzt und versperren den angestammten Fischerfamilien den Zugang zum Meer.

## Wer am tourismus-bedingten Landraub beteiligt ist

Landraub für touristische Zwecke erfolgt durch verschiedene Akteure. In der Regel sind mehrere Beteiligte mit unterschiedlich gelagerten Interessen in tourismus-bezogenen Landraub verstrickt.

Viele **Regierungen** räumen dem Tourismus als Motor für Wirtschaftswachstum sowie Quelle für ausländische Direktinvestitionen und Devisen einen hohen Stellenwert ein. Kurzfristige Gewinnerwartungen stehen langfristigen gesellschaftlichen Perspektiven und Partizipation gegenüber. Immer wieder erlassen Regierungen Sondergesetze, die Tourismus vor allen anderen Zwecken fördern. Lokalen wirtschaftlichen Eliten oder Investoren geben sie damit leichtes Spiel, Menschen von ihrem angestammten Land zu verdrängen.

Teilweise enteignen die Regierungen ihre Bürger auch selbst und vertreiben sie gewaltsam mit ihren Militär- oder Sicherheitsbehörden. Korrupte Regierungen nutzen die Tourismusentwicklung als Vorwand, um die eigene Macht zu sichern und sich selbst oder ihren Günstlingen Zugang zu Land zu verschaffen. Die Verdrängung traditioneller und vermeintlich weniger produktiver Landnutzungs- und Wirtschaftsformen wie der kleinbäuerlichen Land- und Viehwirtschaft oder Kleinfischerei wird oft damit gerechtfertigt, dass der Tourismus als moderne

Dienstleistungsbranche lukrative und vermeintlich attraktive Arbeitsplätze schaffe. Doch nur wenige der Vertriebenen finden Arbeit in der Tourismusbranche und wenn, dann häufig zu prekären Bedingungen.

Auch **Internationale Finanzinstitutionen und Entwicklungsbanken** unterstützen die Tourismusentwicklung im Rahmen der Wirtschaftsförderung. Dabei setzen sie primär auf Massentourismus statt auf kleinteilige und partizipative Tourismusmodelle. Staatliche sowie private Banken und Investoren unterstützen **Bauunternehmen** beim Auf- und Ausbau von großflächiger touristischer Infrastruktur wie Kreuzfahrt- oder Flughäfen und dem Bau von Ferienanlagen oder Resorts. Die Zwangsumsiedlung von verhältnismäßig wenigen Menschen rechtfertigen sie mit den viel beschworenen positiven Impulsen auf dem Arbeitsmarkt, breitenwirksamer Wirtschaftsentwicklung und Armutsreduzierung. Zu selten jedoch suchen sie in ihren Investitionsvorhaben Alternativen zu Zwangsumsiedlungen. Die betroffenen Menschen werden zwar teilweise finanziell entschädigt, aber zu oft mit der Herausforderung allein gelassen, sich eine neue Heimat und Lebensgrundlage aufzubauen.

Der Tourismus ist ein komplex verzweigter Sektor mit einer undurchsichtigen und international verflochtenen Wertschöpfungskette. **Internationale Hotelketten** eröffnen stetig neue Hotelanlagen an beliebter werdenden Reisezielen. Sie sind jedoch selten direkt in die Vertreibung der angestammten Bewohnerinnen und Bewohner involviert; vielmehr

bauen sie auf Land, das sich internationale Investoren bereits legal oder illegal angeeignet haben. **Reiseveranstalter** wiederum betreiben selbst Hotels oder buchen Bettenkontingente und bieten sie ihren Kunden an. Ohne umfassende Kenntnisse über die traditionelle Landnutzung vor dem Hotelbau laufen die Veranstalter Gefahr, zu Komplizen von Landraub und Verdrängung zu werden. Immer mehr Reiseveranstalter und Hotels führen Menschenrechtsstrategien ein, allerdings konzentrieren diese sich kaum auf Landrechte und die Risiken von Vertreibungen.

## Wie Tourismus Landraub- und Verdrängungsprozesse auslöst und verstärkt

### Touristische Sonderzonen

Weltweit ist der Tourismus einer der am stärksten wachsenden Wirtschaftssektoren. In den am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries, LDCs) und kleinen Inselstaaten (Small Island Developing States, SIDS) wächst der Tourismussektor besonders stark. Für einen Großteil der LDCs ist der Tourismus die wichtigste Devisenquelle. Staaten buhlen weltweit um die Gunst nationaler wie internationaler Investoren für den Aufbau touristischer Infrastruktur und Großprojekte mit Hotelkomplexen, Golfplätzen und Shoppingcentern. Dafür nehmen sie immer wieder die Verletzung der Land- und Menschenrechte ihrer Bevölkerung in Kauf.

Vielerorts werden große Landflächen oder ganze Inseln mit hohem Tourismuspotenzial als sogenannte Tourismuszonen oder (touristische) Sonderwirtschaftszonen ausgewiesen. Mit niedrigen Umwelt- und Sozialauflagen sowie hohen Steuervergünstigungen schaffen Regierungen darin attraktive Konditionen für Investoren. Sonderregelungen enteignen traditionelle Landnutzerinnen und -nutzer oder hebeln ihre Landrechte gezielt aus, was Investoren ermöglicht, Land in großem Stil zu erwerben.

In Oecusse in Ost-Timor beispielsweise lobte die Regierung eine Sonderentwicklungszone aus, um dort eine touristische Mega-Enklave zu errichten. Innerhalb dieser Zone wurde ein eigens geschaffener Verwaltungsapparat befugt, Gesetze zu erlassen und so die Besitzverhältnisse und Nutzungsformen von Land zu bestimmen. Ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner wurden Straßen und Luxushotels auf- und ausgebaut.

Als in Honduras die Wirtschaft aufgrund eines Staatstreichs schwächelte, wurde der Tourismus als einer von sechs Schlüsselsektoren identifiziert, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Eine Sonderregelung bestimmte einige Küstengebiete für die Tourismusentwicklung. Sie deklarierte ländliche Gebiete als urbane Zonen, in denen ausländische Investoren fortan Land erwerben können. Das geschah auch im dünn besiedelten Küstengebiet im Norden des Landes rund um Tela Bay, der Heimat der afrokaribischen Garífuna. Seither ist ihre traditionelle Lebensgrundlage durch den Bau von Luxushotels, Ferienkomplexen und Golf-Ressorts bedroht.

### Kampf um Ressourcen

An beliebten Reisezielen überall auf der Welt werden momentan hitzige Debatten rund um Overtourism, also ein Zuviel des Tourismus, geführt. Dort kollidieren die Wünsche von immer mehr Reisenden mit den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung. Während immer mehr Betten für Touristen entstehen, wird der Wohnraum immer knapper. Souvenir-Shops verdrängen Läden des täglichen Bedarfs, die anfallenden Müllberge und Abwasserfluten belasten die Umwelt. Die Konflikte mit Touristinnen und Touristen verschärfen sich.

Diese Debatten zeigen, dass viele Regierungen Tourismuswachstum um jeden Preis fördern – häufig auch zulasten anderer Wirtschaftssektoren. Die aggressive Ausbreitung des Massentourismus führt dazu, dass ausländische Investoren oder lokale Eliten die Kontrolle über große Landflächen und die damit verbundenen natürlichen Ressourcen an sich reißen können. Diese Entwicklungen verschärfen bestehende Machtgefälle drastisch. Während die Gäste ihren Urlaub genießen, wird der Tourismus zunehmend zur Bedrohung für die Existenz vieler Einheimischer.

Je stärker der Tourismus wächst, desto mehr Land benötigt er und desto stärker steigen die Landpreise. Auf der indonesischen Insel Bali beispielsweise werden Grundsteuern nach dem Wert des Grundstücks erhoben. Viele Bauernfamilien können die Grundsteuer für ihre Felder in der Nähe von touristischen Hotspots nicht mehr zahlen und verkaufen an die meistbietenden, oft ausländischen Bauherren, Investoren oder Hotelbetreiber.

Gleichzeitig steigt auch die Konkurrenz um knappe Ressourcen. Damit fällt es den Einheimischen zunehmend schwerer, ihren Lebensunterhalt auf traditionelle Weise zu bestreiten. Der steigende Wasserbedarf von Pools, Golfanlagen, Hotels und

Wochenendhäusern in Guanacaste in Costa Rica gräbt lokalen Kleinbauernfamilien buchstäblich das Wasser ab. Auf der Insel Efate im südpazifischen Inselstaat Vanuatu ist inzwischen ein Großteil der Küstengrundstücke an Ausländer verpachtet, die dort ein Hotel neben dem nächsten betreiben. Meist haben nur noch zahlende Gäste Zugang zum Strand. Damit verlieren viele Fischereigemeinden ihre Lebens- und Nahrungsgrundlage. Auf der philippinischen Insel Boracay drängte das ungebremsste Tourismuswachstum die indigenen Ati nicht nur an den Rand der Insel, auch die Natur litt massiv unter den Touristenmassen. Unlängst wurde die gesamte Insel ein halbes Jahr für Touristen gesperrt, damit sich die Natur erholen kann.

### **Rücksichtsloser Infrastrukturausbau**

Der Internationale Luftfahrtverband IATA rechnet mit einer Verdoppelung der Zahl der Flugpassagiere zwischen 2016 und 2035 auf insgesamt 7,2 Milliarden jährlich. Damit steigen auch die klimaschädlichen Emissionen aus dem Flugverkehr dramatisch an und beschleunigen den Klimawandel. Der Bau von neuen Flughäfen und der Ausbau von bestehenden Landebahnen und Terminals werden enorme Landflächen beanspruchen.

Das zeigt sich beispielsweise in Indien, wo die Regierung den Ausbau von Flughäfen massiv vorantreibt. Sie will so die Verkehrsanbindung der jeweiligen Regionen national wie international verbessern, wovon sowohl der Tourismus als auch andere Sektoren profitieren sollen. Die Bebauungspläne des Mopa-Flughafens in Goa beispielsweise stoßen jedoch auf massiven Widerstand bei betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie bemängeln, dass Umwelt- und Sozialstandards nicht ausreichend berücksichtigt würden und der Schutz der Landnutzerinnen und -nutzer nur auf dem Papier bestünde.

### **Profit aus Katastrophen schlagen**

Nach Naturkatastrophen wie Tsunamis und Wirbelstürmen setzen viele Regierungen auf den Tourismus, um den Wiederaufbau voranzutreiben und die Wirtschaft rasch wieder anzukurbeln. Naturkatastrophen kosten jedoch nicht nur Menschenleben. Sie zerstören auch Dokumente und andere Nachweise über traditionelle Landnutzungs- und Besitzformen. Genau das nutzen lokale Eliten und Investoren immer wieder aus und schlagen gezielt Profit aus Chaos und Leid der Betroffenen.

Nach dem Tsunami 2004 im indischen Ozean beispielsweise verhängten viele der betroffenen Staaten ein Siedlungs- und Bauverbot in Küstennähe. Fischereigemeinden durften nicht in ihre Dörfer zurückkehren und mussten landeinwärts ziehen. Gleichzeitig wurden jedoch Konzessionen zum Bau von Hotels an lokale Eliten oder ausländische Investoren vergeben. Auch nach dem Taifun Haiyan 2013 nutzten Unternehmen auf den Philippinen die Gunst der Stunde, um sich Zugang zu Grundstücken mit hohem Tourismuspotenzial zu sichern. Sie boten den bisherigen Bewohnerinnen und Bewohnern dafür Geld beziehungsweise sichere Wohnungen im Inland an, die sie unter der traumatischen Erfahrung der Katastrophe oft annahmen.

Auch nach politischen Krisen, gewaltsamen Konflikten oder Bürgerkriegen treiben Regierungen immer wieder die Tourismusentwicklung aus wirtschaftlichen Gründen stark voran. Der Tourismus wird nicht selten instrumentalisiert, um die Führungsansprüche der Siegermächte und die Rolle des Militärs zu stärken. Oft kontrollieren in einstigen Konfliktgebieten (Para)Militärs oder Sicherheitsbehörden nicht nur die touristische Infrastruktur wie Flughäfen oder Häfen, sondern betreiben sogar eigene Hotels oder Airlines. Sie nutzen ihre Vormachtstellung gezielt, um sich unrechtmäßig Land und Ressourcen ihrer einstigen Gegner oder Geflüchteter anzueignen.

### **Verdrängung im Namen des Naturschutzes**

Seit der Kolonialzeit werden im Namen des Natur- und Artenschutzes große Landflächen in Ländern des Südens unter Schutz gestellt. Regierungen und Naturschutzorganisationen stellen dabei traditionelle Landnutzerinnen und -nutzer häufig als Bedrohung für die Natur dar. Sie legitimieren damit ihre Vertreibung an den Rand von Naturschutzgebieten. Die Menschenrechtsorganisation Survival International schätzt, dass weltweit mehr als 130 Millionen Menschen ihre Heimat und Lebensgrundlage durch Großschutzgebiete wie Nationalparks, Biosphärenreservate oder Naturparks verloren haben. Die Gebiete mit hoher Biodiversität und intakter Natur sind jedoch nicht nur ökologisch schützenswert, sie sind auch für Touristinnen und Touristen attraktiv und damit wirtschaftlich interessant für Regierungen und Tourismusunternehmen.

Aufgrund ihrer einzigartigen Tierwelt ist die Serengeti in Tansania weltweit eine der beliebtesten Ziele für Safaris. Die Maasai und ihre Viehherden lebten hier über Jahrhunderte in Einklang mit der Natur, bis sie ab den 1970er Jahren gewaltsam aus

dem Serengeti-Nationalpark und weiteren staatlichen und privaten Schutzgebieten vertrieben wurden. Darüber hinaus vergab die Regierung zahlreiche Konzessionen für den Jagdtourismus. Heute reisen zehntausende Natur- und Jagdtouristinnen und -touristen in die zahlreichen Schutzgebiete der Region. Das belastet die Umwelt viel stärker, als es die Maasai je taten, generiert jedoch wichtige Einnahmen für die Staatskassen und Tourismusunternehmen. Die Maasai profitieren allerdings kaum davon. Sie haben zunehmend Probleme, ausreichend Weideland für ihre Rinder zu finden und damit ihre Familien ernähren zu können.

Auch in Indien kommen immer mehr Besucherinnen und Besucher in die landesweit 50 Tigerreservate. Die Menschen jedoch, die seit Jahrhunderten gemeinsam mit den Tigern und anderen Tieren des Waldes dort gelebt haben, werden verdrängt.

### **Welterbe, Musealisierung und Gentrifizierung**

Nicht nur eine einzigartige Flora und Fauna zieht Reisende an, sondern auch die Kultur der lokalen Gemeinschaften, die sich beispielsweise in traditioneller Architektur, kulturellen Monumenten oder Ausgrabungsstätten zeigt. Wird ihr touristischer Wert von Regierungen, Tourismusunternehmen und Investoren erkannt, werden sie jedoch schnell zu Freiluftmuseen für Touristen. Gerade in dicht besiedelten Gebieten setzt ein Gentrifizierungsprozess ein, bei dem schwächere Teile der Bevölkerung an den Rand von Städten und Gesellschaft gedrängt werden.

Der Kerngedanke der UNESCO-Welterbeliste ist, kulturell und ökologisch bedeutsame Orte zu schützen und sie für künftige Generationen zu bewahren. Diese Orte sind meist von der einzigartigen Lebensweise, den traditionellen Landnutzungsformen und der engen spirituellen Bindung zum Land ihrer Bewohnerinnen und Bewohner geprägt. Nur selten stoßen die Anwohner und Anwohnerinnen eine Bewerbung um den UNESCO-Titel an, meist sind es Regierungen, die sich zusätzliche Einnahmen aus dem Tourismus erhoffen. Nach UNESCO-Regeln benötigen sie dafür zwar formell die Zustimmung der Anwohnerinnen und Anwohner, in der Praxis werden diese jedoch kaum glaubhaft beteiligt. Dabei treffen sie die Folgen des UNESCO-Titels scharf, die Nutzungseinschränkungen in und um die Natur- und Kulturerbestätten sind oft groß.

In den berühmten Tempelanlagen von Angkor Wat in Kambodscha beispielsweise wurden Areale mit besonders hohem Schutzwert ohne Konsultation

der etwa 120.000 traditionellen Landnutzerinnen und -nutzer in staatlichen Besitz überführt. Ihre traditionellen Land- und Wohnrechte wurden darin offiziell anerkannt, sodass sie weiterhin in und um Angkor Wat leben und ihre Reisfelder bestellen durften. Nichtsdestotrotz wurden in den ersten Jahren nach Erlangen des UNESCO-Status zahlreiche Häuser zerstört, ihre Besitzer und Besitzerinnen vertrieben und wegen angeblich illegaler Landnutzungsformen bestraft. Gleichzeitig vergab die Regierung Baugenehmigungen für Hotels innerhalb der Schutzzonen. Mit dem UNESCO-Titel wuchs der Tourismus rund um die Tempelanlagen in Siem Reap rasant und führt zu einer steigenden Verstädterung, sodass immer weniger Land für den Reisanbau zur Ernährung der lokalen Bevölkerung genutzt wird.

Während Touristinnen und Touristen aus der ganzen Welt hier Tango tanzen und das vermeintlich authentische Flair genießen wollen, werden auch im argentinischen Buenos Aires immer mehr Bewohnerinnen und Bewohner des belebten Stadtviertels La Boca verdrängt. Lange galt das Künstlerviertel als gefährlich für Reisende, doch die Regierung wertete die Gegend gezielt auf, indem sie die Straßenbeleuchtung ausbesserte, die Polizeipräsenz deutlich erhöhte und Verschönerungsmaßnahmen wie die Renovierung historischer Häuserfassaden durchführte. So vermarktet sie La Boca als Wiege des Tangos mit künstlerischer Atmosphäre. Das lockt nicht nur Reisende, sondern auch wohlhabende Bewohnerinnen und Bewohner von Buenos Aires und ausländische Investoren an. Eine Spirale der Gentrifizierung setzte ein, die angestammte Künstlerinnen und Künstler sowie ärmere Teile der Bevölkerung verdrängt.

### **Touristische Großereignisse**

Viele Länder sehen in der Ausrichtung von sportlichen Großereignissen eine Gelegenheit, sich auf der Weltbühne zu präsentieren und die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur voranzutreiben. Dafür werden oft immense Summen aufgewandt, doch die Investitionen tragen nicht immer zur Verbesserung der Lebensqualität großer Teile der Bevölkerung bei.

So geschehen auch in Brasilien bei der Fußballweltmeisterschaft 2014 und den Olympischen Sommerspielen 2016 in Rio de Janeiro. Für den Bau von Zufahrtstraßen zu den Stadien, Einkaufszentren und Wohnsiedlungen oder dem Ausbau des Flughafens mussten viele Bewohnerinnen und Bewohner von Favelas umsiedeln – ohne dass sie im Planungs- oder



Wächst der Tourismus, schnellen die Landpreise in die Höhe. Pools und Golfplätze schlucken immer größere Wassermengen und gefährden die Lebensgrundlage vieler Kleinbauernfamilien, die wie hier im laotischen Vang Vieng beispielsweise Reis anbauen.

Umsiedlungsprozess konsultiert wurden. Nicht nur Favelas ohne formelle Landtitel wurden dem Erdboden gleich gemacht. In der Siedlung Vila Autódromo in Rio beispielsweise wurden mehr als 97 Prozent der Anwohnerinnen und Anwohner für den Bau einer internationalen Fernsehstation zur Übertragung der olympischen Wettkämpfe verdrängt, obwohl sie langfristige Mietverträge mit der Stadtverwaltung besaßen. Die brasilianische Gesellschaft kritisierte ihre Regierung für dieses Vorgehen scharf, die Bevölkerung wehrte sich mit Massenprotesten.

Auch in Südafrika kam die Fußballweltmeisterschaft 2010 der Bevölkerung zum Großteil nicht zu Gute. Im Vorfeld mussten viele informelle Siedlungen für Verschönerungsaktionen an den Austragungsstätten weichen. In Kapstadt wurden tausende Siedlerinnen und Siedler entlang der N2-Autobahn, die Stadtzentrum und Flughafen verbindet, zwangsumgesiedelt. Um das Ellis-Park-Stadion in Johannesburg wurden zahlreiche Bewohnerinnen und Bewohner rücksichtslos vertrieben. Hunderte von Straßenhändlern und -händlerinnen wurden daran gehindert, an den Stadien ihre Waren zu verkaufen. So profitierten die lokalen Eliten von den baulichen Aufwertungen, während sich die Lage marginalisierter Teile der Bevölkerung noch verschärfte.

## Nachhaltige Tourismusentwicklung stärken

Diese Fälle von Landraub im Namen des Tourismus zeigen: Es mangelt an klaren Richtlinien und langfristigen Strategien der nachhaltigen Tourismusentwicklung zum Wohle aller. Die wachsende Privatisierung von Land steht im scharfen Kontrast zu nachhaltiger Entwicklung und zum Schutz von traditionellen Landnutzungsformen und -rechten. Immer größere Flächen werden für den wachsenden Massentourismus erschlossen und mit Argumenten wie der Wirtschaftsförderung oder dem Schutz von Natur und Kultur politisch legitimiert. Der Land- und Ressourcenverbrauch und die damit einhergehenden sozialen und ökologischen Kosten des Tourismus sind für die betroffene Bevölkerung ähnlich verheerend wie die von klassischen extraktiven Industrien wie Bergbau und Erdölförderung. Dennoch wird der Tourismus weiterhin vor allem als Dienstleistungsbranche ohne Nebenwirkungen betrachtet und gefördert.

Weder die Regierungen noch die Investoren, Geldgeber oder Tourismusunternehmen prüfen die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer touristischen Vorhaben sorgsam genug. Die umfassende

Abschätzung von Umwelt- und Menschenrechtsfolgen ist bisher kein Standard in der Tourismusbranche. Sie ist oftmals zwar gesetzlich vorgeschrieben, wird aber zu selten auch systematisch eingefordert.

Regierungen und Unternehmen verhandeln touristische Landdeals meist hinter geschlossenen Türen. Die Betroffenen haben zu wenig Mitsprache bei der Ausgestaltung der Tourismusedwicklung. Ihre Rechte und Bedürfnisse werden ignoriert oder bewusst übergangen. Damit Tourismus zu nachhaltiger Entwicklung beitragen kann, braucht es langfristige Strategien und einen breit angelegten Austausch von Politik, Tourismusunternehmen und Zivilgesellschaft. Die Menschen vor Ort müssen mitbestimmen können, wie der Tourismus entwickelt wird. Und zwar so, dass ihre Rechte – etwa auf ihr Land oder den Zugang zu Wasser und anderen Ressourcen – geschützt werden und sie davon profitieren. Denn nur wenn Tourismus zur Verbesserung ihrer Lebenssituation beiträgt, wird er auch zum viel zitierten Entwicklungsmotor.

Um die Land- und Ressourcenrechte von traditionellen Landnutzerinnen und -nutzern auch im Tourismus effektiv zu schützen, müssen

- Regierungen die traditionellen Zugangs- und Nutzungsrechte ihrer Bürgerinnen und Bürger anerkennen und ihnen formelle Landtitel ausstellen.
- Regierungen ihre Bürgerinnen und Bürger vor Menschenrechtsverletzungen schützen – auch durch Dritte, wie Investoren oder Tourismusunternehmen.
- Regierungen sicherstellen, dass ihre Tourismus- und Landstrategien Landraub und Verdrängung nicht begünstigen. Sie sollten nur Projekte und Strategien fördern, die keine Umsiedlung oder Nutzungseinschränkung für die traditionellen Nutzerinnen und Nutzer nach sich ziehen, sondern integrierte und nachhaltige Landnutzungskonzepte stärken.
- Regierungen die Bedürfnisse der traditionellen Landnutzerinnen und -nutzer berücksichtigen und den Schutz ihrer Landrechte stärken, indem sie die Freiwilligen Leitlinien der Welternährungsorganisation FAO zum verantwortungsvollen Umgang mit Land-, Wald- und Fischereirechten in vollem Umfang umsetzen.
- Regierungen das Prinzip der freien, vorherigen und informierten Zustimmung (free, prior and informed consent, FPIC) garantieren. Landverträge dürfen nur unter Mitsprache und im Einvernehmen mit allen betroffenen, rechtmäßigen Nutzerinnen und Nutzern erfolgen – einschließlich besonders verletzlicher Gruppen wie ethnischen Minderheiten, Indigenen oder Frauen und Kindern.

- internationale Finanzinstitutionen tiefgreifende Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen durchführen. Projekte, die eine Umsiedlung oder Nutzungseinschränkung für die Betroffenen beinhalten, sollten nur dann finanziert werden, wenn alle Alternativen erschöpft wurden und die Betroffenen zustimmen (FPIC), angemessen entschädigt und dabei unterstützt werden, ihre Lebensgrundlage anderswo wieder aufzubauen.
- Investoren, Hotels und Reiseveranstalter sicherstellen, dass ihre Unternehmenstätigkeiten entlang der gesamten Wertschöpfungskette keine Land- und Menschenrechte verletzen. Sie müssen ihre Geschäftsprozesse konsequent an den UN-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte ausrichten.
- staatliche und private Akteure sicherstellen, dass die Betroffenen Zugang zu Wiedergutmachungsmaßnahmen und Entschädigung erhalten – sowohl durch gerichtliche wie außergerichtliche Verfahren.

*Das vorliegende Papier stützt sich auf die umfassende Grundlagenstudie „Tourism, Land Grabs and Displacement – A Study with Particular Focus on the Global South“ von Andreas Neef. Die englischsprachige Studie beleuchtet 25 Fälle von tourismus-bezogenem Landraub und schleichenden Verdrängungsprozessen in Ländern des Globalen Südens im Detail und wurde im Auftrag von Tourism Watch 2019 erstellt. Sie kann unter dem folgenden Link abgerufen werden: [www.tourism-watch.de/de/Neef-Tourism-Land-Grabs](http://www.tourism-watch.de/de/Neef-Tourism-Land-Grabs)*

#### Impressum

**Herausgeber** Brot für die Welt  
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.  
Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin  
Telefon +49 30 65211 0  
[kontakt@brot-fuer-die-welt.de](mailto:kontakt@brot-fuer-die-welt.de)  
[www.brot-fuer-die-welt.de](http://www.brot-fuer-die-welt.de)  
[www.tourism-watch.de](http://www.tourism-watch.de)

**Autorin** Laura Jäger  
**Redaktion** Maike Lukow, Antje Monshausen, Robert Wenzel  
**V.i.S.d.P.** Klaus Seitz  
**Fotos** Jörg Böthling (S. 7), Jonatha Borzicchi/Redux/laif (S. 3), Carsten Stormer (Titel)  
**Layout** János Theil  
**Art.-Nr.** 129 700 530

Februar 2019

**Spenden**  
Brot für die Welt  
Bank für Kirche und Diakonie  
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00  
BIC: GENODED1KDB